

Berichte und Kommentare in der Schweizer Presse zum
Besuch einer Delegation der OAU-Staaten in der Schweiz
am 18. und 19. April 1972

Zusammenfassung: Es kann gesagt werden, dass der OAU Besuch in der Schweizer Presse ein eher bescheidenes Echo gefunden hat. Das Interesse für unsere Beziehungen zu Afrika und für die spezifischen Probleme, mit welchen man sich auf diesem Kontinent auseinanderzusetzen hat, bleibt eher schwach, in- dessen lässt sich feststellen, dass hinsichtlich unserer Be- mühungen um gute Beziehungen mit der OAU die positiven Kom- mentare überwogen.

1. Eine Delegation der Organisation für die Einheit Afrikas [OAU], die verschiedene Länder Westeuropas und Japan besuchte, hielt sich am 18. und 19. April 1972 in der Schweiz auf, um für den Kampf ihrer Organisation gegen die weissen Minderheitsregime von Südafrika, Rhodesien und Portugal politisch-moralische Unterstützung und wirtschaftliche Hilfe zu finden. Nicht zu- letzt ging es den Afrikanern auch um einen Abbau der Handels- beziehungen und Investitionen Europas in den von Weissen be- herrschten afrikanischen Regionen.
2. Während in der deutschschweizerischen Presse über den Besuch der Delegation, abgesehen von einigen Ausnahmen, nur kurz be- richtet wurde, finden sich in den Blättern der welschen Schweiz ausführlichere Artikel über die Gespräche der Delegation, über deren Anliegen, das Verhältnis der Schweiz zu den OAU-Staaten, Südafrika, Rhodesien und Portugal sowie über grundsätzliche Aspekte der schweizerischen Aussenpolitik. Dies hängt nach An- sicht eines Berichterstatters des "Bund" damit zusammen, dass in der deutschen Schweiz eine Informationslücke über Afrika be- steht.

Recht kritisch wird der Zweck dieser Reise im "Bund" gewürdigt, sei doch der Tenor der Afrikaner bei aller Konzilianz eindeutig gegen die weissen Minderheitsregierungen gerichtet. "Wie aber



soll ein heiliger Kampf zur Befreiung der Afrikaner in diesen Staaten gewaltlos geführt werden, wenn bei einer entsprechenden Abstimmung in der OAU 28 Mitglieder gegen einen Dialog und nur 6 für einen solchen sind?".

3. Bei den Berichterstattern herrscht ziemliche Unsicherheit über das Ausmass der tatsächlich gegenüber der OAU-Abordnung erfolgten schweizerischen Zusicherungen. So schreiben z.B. die "Neuen Zürcher Nachrichten", dass von schweizerischer Seite noch keine festen, konkreten Zusicherungen gemacht werden konnten. Die "Gazette de Lausanne" und das "Journal de Genève" vermuten, dass den Afrikanern versprochen wurde, die Investitions- und Exportrisikogarantie nicht mehr für Operationen mit von der OAU bekämpften Ländern einzusetzen.

Im "Feuille d'Avis de Lausanne" wird vermerkt, dass man im Politischen Departement entschlossen sei, ein Gegengewicht zu den privaten Interessen in Weiss-Afrika zu schaffen. Zu diesem Zwecke wolle man die Frage einer Flüchtlingshilfe und eines Ausbaus der Stipendien vorrangig prüfen.

Beinahe alle Kommentare weisen darauf hin, dass die schweizerischen Unternehmungen ihre Aussenhandelsbeziehungen frei gestalten können und dass der Regierung jegliche diesbezügliche Interventionsmöglichkeit fehlt. Schon aus diesem Grunde sei es den schweizerischen Gesprächspartnern nicht möglich gewesen, Zugeständnisse für eine Begrenzung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Weiss-Afrika zu machen. Ausführlich geht die "Tribune de Lausanne" auf diese Beziehungen ein. Nach Angaben des Afrika-institutes in Genf habe die Schweizerische Privatwirtschaft in Südafrika bisher ungefähr 1,2 Milliarden Franken investiert. Dagegen sei die Präsenz der offiziellen Schweiz in Schwarz-Afrika minim und beruhe vorab auf Einsätzen im Gebiete der

- 3 -

technischen Zusammenarbeit. Die "National-Zeitung" setzt in dieser Beziehung den Akzent etwas anders und schreibt, dass die Schweiz in den letzten Jahren die technische Hilfe an einige OAU-Länder kräftig erhöht habe, um das Investitionsgefälle zu korrigieren. Ausserdem könne die Schweiz darauf hinweisen, dass der Waffenexport nach Südafrika, Rhodesien und Portugal strikte verboten sei und dass sich die Schweiz mit Bezug auf die Wirtschaftssanktionen gegenüber Rhodesien freiwillig an die UNO-Resolution halte.

4. Nach Ansicht des Delegationsleiters, Präsident Moktar Ould Daddah, ging das Echo auf die Anliegen der OAU-Staaten in der Schweiz über blosser Höflichkeit hinaus. Die Delegation sei auf Verständnis gestossen und die Gespräche seien offen und direkt geführt worden. Das "Badener Tagblatt" will so etwas wie eine afrikanische Hassliebeseerklärung herauslesen: Man habe die schweizerischen Institutionen bewundert, gleichzeitig aber die Verbindungen unseres Landes mit jenen Staaten bedauert, die noch zu entkolonialisieren wären. Bei allen Emotionen, die bei solchen Unterhaltungen zutage träten, sei die Diskretion der Gäste aufgefallen, bei vielen auch das Verständnis, das sie der Schweiz gegenüber zeigten. An der Pressekonferenz hat Präsident Ould Daddah die schweizerischen Zuhörer aufgefordert, sich nicht irreführen zu lassen. "Die Zukunft in Afrika ist auf unserer Seite: Gestaltet sie mit uns!".
5. Der Besuch der OAU-Delegation in der Schweiz wurde allgemein als nützlich empfunden. Einerseits habe er den schweizerischen Behörden und auch weiteren interessierten Kreisen die Probleme der jungen afrikanischen Staaten näher gebracht. Andererseits habe er der schweizerischen Regierung erlaubt, die politischen und wirtschaftlichen Interessen und Verpflichtungen der Schweiz

./.

- 4 -

in Afrika zu erklären. Einen Schatten über dem Besuch sieht hingegen ein Kommentator der "La Suisse": Die OAU-Länder - so meint er - setzten die westlichen Staaten unter Druck, damit diese ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit dem verhassten Süden abbauten. Wird Bern diesem Druck nachgeben?

Wenn die weissen Minderheitsregime den Sanktionen Berns unterliegen sollten, so sei die Frage am Platz wie es denn in gleicher Hinsicht mit anderen Ländern stehe, in welcher die politische Opposition unterdrückt werde? Für die Schweiz gebe es nur zwei Möglichkeiten: Entweder werde sie auch in Zukunft die Universalität ihrer Beziehungen hochhalten oder sie anerkenne nur noch demokratische Staaten, in denen eine Opposition möglich ist und ignoriere alle anderen.

Eine extreme Position bezieht der "Republikaner". Aus seiner Sicht sind die Delegationsmitglieder Vertreter einer Mörderbande. Der Empfang der Delegation durch den Bundespräsidenten und den Vorsteher des Politischen Departementes sei als zumindest befremdlich zu bezeichnen. Der Kommentar fährt dann weiter: "Auf jeden Fall hat das Auftreten Daddahs die schweizerische Neutralität aufs Schwerste kompromittiert und es ist schwierig einzusehen, mit welchen Argumenten das Politische Departement und die Television in Zukunft ähnliche Aufrufe Breschnews, Maos, oder Fidel Castros ablehnen könnten."

Das Dilemma zwischen Aussenpolitik und Wirtschaftsbeziehungen wird in der "Gazette de Lausanne" aufgegriffen. Den schweizerischen Unternehmungen wird empfohlen, ähnlich vorzugehen wie die amerikanische Polaroid-Filiale in Südafrika, die versucht, die schwarzen Arbeitskräfte den weissen gleichzustellen. Von Staates wegen könnte die Schweiz den Opfern des Rassismus Stipendien bzw. Gastrecht gewähren. Bern könnte auch die Wirtschaftskreise darauf aufmerksam machen, dass der weisse Teil

./.

Afrikas nur einen Zehntel des potentiellen Kontinentalmarktes ausmacht und dass es falsch wäre, heute 300 Millionen Konsumenten vor den Kopf zu stossen. Schliesslich empfiehlt die "Tribune de Lausanne", die Arbeiten zu einem Beitritt der Schweiz zur Konvention über die Beseitigung der Rassendiskriminierung voranzutreiben. Mehrere Blätter befürworteten zudem einen Besuch des Vorstehers des Politischen Departementes in Afrika.

6. Verschiedenenorts wird vermerkt, dass es anlässlich des Besuches der Delegation auch zu schweizerisch-algerischen Kontakten kam. Wie die "Tribune de Lausanne" präzisiert, unterhielt sich der algerische Staatsminister Cherif Belkacem, der der Delegation angehörte, zweimal mit Bundesrat Graber über bilaterale Fragen, namentlich über schweizerische Entschädigungsforderungen im Zusammenhang mit algerischen Nationalisierungen. Die beiden Gesprächspartner seien übereingekommen, diese Probleme einer globalen Lösung auf politischer Ebene entgegenzuführen. Zu diesem Zweck sei in den nächsten Monaten ein Treffen zwischen schweizerischen und algerischen Vertretern auf hoher Ebene vorgesehen.

Aussenminister Mungai von Kenia, ein weiteres Mitglied der Delegation, bezeichnete dem "Journal de Genève" gegenüber die Beziehungen zwischen der Schweiz und Kenia als ausgezeichnet ["aussi bonnes que peuvent l'être les relations entre deux Etats"].

7. Afrikanische Pressestimmen: Die vorhandenen Artikel aus Nigeria und Zaïre berichten im allgemeinen kurz und beinahe kommentarlos über den Besuch der OAU-Delegation in der Schweiz. Die nigerianischen Blätter "New Nigerian" und "Daily Sketch" sprechen in eher vorwurfsvollem Ton von den mächtigen schweizerischen Investitionen in Südafrika. Nicht ganz verständlich ist, weshalb der "Daily Sketch" im Zusammenhang mit dem Schweizer Besuch eine Schlagzeile

- 6 -

verwendet, in welcher die NATO-Staaten wegen ihrer Beziehungen mit Portugal verurteilt werden. Die Zeitungen "Salongo" und "Elima" aus Zaïre verweisen in ihren Ueberschriften darauf, dass die Schweiz sich bereit erklärt habe, ihre Hilfe an die Befreiungsbewegungen in Afrika zu erhöhen.

Das Magazin "Jeune Afrique" berichtet, dass die Delegation in der Schweiz nicht ganz die Unterstützung erhielt, die sie erwartet habe. Verständnis für die Anliegen der Afrikaner bedeute noch nicht Zusammenarbeit.

Bern, im Juni 1972 - KI/mk

Die Zeitungen, welche den Besuch der OAU-Delegation kommentierten, haben folgende Auflagezahlen:

Der Bund	50 157
Neue Zürcher Nachrichten	16 464
Gazette de Lausanne	17 084
Journal de Genève	16 032
Feuille d'Avis de Lausanne	85 661
National Zeitung	74 585
Tribune de Lausanne	60 182
Badener Tagblatt	24 288
La Suisse	65 098
Republikaner	(unbekannt, keine Tageszeitung, erscheint alle 3 Wochen)